

Zweites Blatt

Neuburger Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

№ 43

Donnerstag, den 10. April 1930

43. Jahrgang

Entdeutschung in Polen.

Eine traurige Bilanz.

In den von Deutschland infolge des Versailler Friedensvertrages an Polen abgetretenen Gebieten sind etwa 1.200.000 Deutsche. Gegenwärtig sind es nur noch 350.000. Den Verlust von mehr als 800.000 Personen, die überwiegend nach Deutschland zurückgewandert sind, hat ein Verlust an landwirtschaftlichem Grundbesitz privater Hand von etwa 500.000 Hektar zur Seite.

Die Abwanderung eines derartig beträchtlichen Bevölkerungsanteiles von reichen wirtschaftlichen und sozialen Geistes war bisher in hochzivilisierten Ländern in solch kurzem Zeitraum nicht beobachtet worden. So erhebt sich die Frage nach den Ursachen der so schnellen und gründlichen Entdeutschung eines Gebietes, das in feindlich-bürgerlicher Gesellschaft zwar mannigfache Leiden in der deutschen Bevölkerung, niemals aber eine beträchtliche Krise in dem Bestande des immer beträchtlichen deutschen Anteils an der Bevölkerung aufwies.

Man glaube darauf hinweisen zu sollen, daß eben diese vermeintlich geringe Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung ein Zeichen ihres künftigen Charakters, ihrer geringen Bodenlustigkeit und Verwurzelung mit dem Lande gewesen sind, die der Entdeutschung erliegen. Es fern darauf hingewiesen werden, daß nach der amtlichen Bevölkerungszählung von 1907 der deutsche Bevölkerungsanteil mit Beamtencharakter einschließlich von Angehörigen und Beihilfen etwa ein Zehntel des anfänglichen Deutschstums bildete, für das gesamte Deutschstum keineswegs von ausschlaggebender Bedeutung, wenn auch immerhin ein beträchtlicher Teil der städtischen Bevölkerung. Dasselbe läßt sich von der angeblichen Auswirkung der preussischen An siedlungslosigkeit auf die nationale Zusammenfassung der Bevölkerung sagen. Man mag die Abwanderung des größten Teiles des Beamtendeutschstums mit dem Staatshohheitswechsel für notwendig erachten, was man bezweifeln könnte, wenn man sich etwa der Angleichung polnischer Gebiete erinnert, so findet mit dem Verlust von etwa 120.000-150.000 Deutschen, nur ein Bruchteil des gesamten Entdeutschungsorgans, seine ausreichende Erklärung. Einer nahezu völligen Beilegung der deutschen Beamten fanden zudem Zuführungen der staatlichen Väter Polens, wie sie 1919 gegeben wurden, entgegen, und es muß zweifelhaft bleiben, ob eine solche notwendig, gerecht und dem Interesse des Staates förderlich war, auch wenn man zugeben will, daß die im engeren Sinne politisch wichtigen Beamtenstellen mit dem Staatshohheitswechsel durch Polen zu besetzen waren. Eine Abwanderung politisch durch frühere Tätig-

keit gegen das neue Staatssozial belästigter Persönlichkeiten, die unter den veränderten Verhältnissen keine Lebensmöglichkeit hätten haben können, hat in nennbarem Umfang nicht stattgefunden. Einzelne Fälle dieser Art können keinen Anlaß geben, eine besondere Gruppe von Abwandernden anzunehmen. Vielmehr wird sich die Zahl der Beamten dadurch verringern, daß eine Reihe von vorwiegend mittleren und unteren Beamten aus den abgetretenen Gebieten stammten, die mit Beibringung der neuen Staatsprache und dem vertragsmäßigen Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit keine Veranlassung haben konnten, abzuwandern. Insbesondere gilt dies von Beamten der Eisenbahn, der Post und des Gerichts. Die für das Beamtendeutschstum angenommene Ziffer darf somit als eine Höchstzahl angesehen werden.

Für die Verdrängung Deutscher gibt es nur einen zureichenden Grund: sie ist ausschließlich den politischen Entdeutschungsmaßnahmen der polnischen Behörden und Parteien zur Last zu legen. Wenn diese Entdeutschung jede natürliche Auswirkung des Staatshohheitswechsels weit hinter sich ließ, so ist es die Folge einer ein Jahrzehnt hindurch verfolgten Zielbewußt und zäh selbsteinsten Politik Polens, die sich die völlige Vereinigung seiner Angehörigen mit der deutschen Bevölkerung zur Aufgabe stellte und damit in best offensichtlichen Gegensatz zu den Sicherungen und Bindungen des Versailler Friedensvertrages trat, der mit Rücksicht auf das weit über die Grenzen des politischen ethnographischen Siedlungsraumes zugeordnete Staatsgebiet dem neuen Staat die Verpflichtung gerechter und toleranter Behandlung der Minderheit auferlegte.

Niemals hätte das Deutschstum der abgetretenen Gebiete einen solchen Verlust erlitten, hätte nicht der auf allen Lebensgebieten konzentrierte wirkende politische Druck, das Söldner der „erprobten Säusmittel“, wie ein polnischer Politiker ihn nennt, des verwaltschaftsmäßigen Kampfes“, wie ihn ein hoher polnischer Beamter charakterisiert, unausgesetzt auf ihm gelafet. Einwänden gegenüber, daß es sich bei dem politischen Druck auf das Deutschstum lediglich um Aeußerungen örtlicher Gewalthaber oder des erbitterten polnischen Volkes handelte, lassen sich die einzelnen politischen Maßnahmen zur Verdrängung des Deutschstums als die planmäßigen Ausrichtungen eines wohlüberlegten Systems nachweisen, das von den verantwortlichen Leitern des Staates sowohl als auch allen Parteien getragen wurde.

„Aufstieg oder Niedergang.“

Eine Rede Dr. Moldenbauers.

+ Magdeburg, 8. April.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer sprach in Magdeburg in einer Verammlung des Westfälischen Magdeburger-Anhalt der Deutschen Volkspartei über das Thema „Aufstieg oder Niedergang“. In seinen Ausführungen beschäftigte sich der Minister zuerst mit der Finanzreform und den in engem Zusammenhang damit stehenden Aufgaben der Gegenwart: der Hilfe für die Landwirtschaft und dem Hilfsvertr für den deutschen Osten.

Es sei unmöglich, mit ungeordneten Finanzen eine gute Außenpolitik zu führen wie es eben so damit auf die Dauer

nicht möglich sei, eine unabhängige Innenpolitik zu führen. Eingehend auf

die Finanzreform

eröffnete er, daß er soeben mit den Vorbereitungen für ein Ausgabenlenkungsgezet fertig geworden sei, und daß nach vor Herrn dieser Entwurf dem Kabinett vorgelegt werden würde. In dem Entwurf werde man an den Gemeinden nicht vorbeiziehen können. Seitens des Kabinetts solle der in anderen Ländern bereits bewirkliche Bedanke einer Bürgerabgabe vorgeschlagen werden, eben so sei es nur billig, wenn auch die großen Städte den obersten Rechnungshof nachprüfen ließen. Der Minister betonte nachdrücklich, daß er durchaus nicht an die Selbstverwaltung der Gemeinden rühren wolle, sie solle im Gegenteil nur weiterentwickelt werden zu einer Selbstverantwortlichkeit. — Weiter

die Frage der Arbeitslosenversicherung

betraute, so wies Dr. Moldenbauer darauf hin, daß in erster Linie dafür gesorgt werden müsse, daß die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung nicht wie bisher alle Berechnungen über den Haufen wirfen, da sonst an eine Finanzsanierung nicht zu denken sei.

Nach seiner Ansicht, die auch die des gegenwärtigen Reichsarbeitsministers Dr. Siegelwald sei, wolle die Arbeitslosenversicherung viele Konstruktionsfehler auf.

Man müsse sie einmal genau unter die Lupe nehmen, die nicht um sie abzugeben, sondern um sie auch einmal zu rationalisieren. Noch im Laufe des Sommers müsse endlich an diese Frage herangegangen werden. — Weiter ging der Minister auf

die Defizite des Fiskalbudgets

von 300 Millionen ein, die so erfolgen müßte, daß die vorgeschlagenen Steuern eine unerschöpflichen Lebensbedürfnisse treffen. Ohne Erhöhung der Besteuer sei eine Defizite des Fiskalbudgets nicht denkbar. Die sonst nötig werdende außerordentliche Erhöhung der Umsatzsteuer liefe außer gefährlich. Nach die Erhöhung der Einkommensteuer lehnte der Minister ab. Er erklärte dann, er könne die Gesamte Defizit übernehmen, daß in den nächsten Monaten keine Konstruktionsfehler mehr auftreten würden, falls ihm die neuen Steuern in Höhe von 300 Millionen Mark bemittelt würden.

Er werde eine Minute länger im Amte bleiben, wenn man ihm das Werk der Sanierung und der Calensentung unmöglich mache.

Eine Nichtbewilligung der neuen Steuern unterirdische gleichzeitige Hilfe für die Landwirtschaft und für den Osten. Die Regierung werde an den Reichstag appellieren und sei entschlossen, alle verfügbaren Mittel anzuwenden, um ihren Willen durchzusetzen, falls durch parteipolitische Voreingenommenheit keine Einigung erzielt werden könne.

Der Charkov-Anschluß tagt wieder.

Die Entscheidung Berlins.

— Berlin, 8. April.

Der Untersuchungsaußschuß des Preussischen Landtages, der die Möglichkeit in der Berliner Stadterweiterung nachprüfen soll, nahm nach längerer Pause seine Verhandlungen wieder auf.

Auf der Tagesordnung stand die Entgegennahme eines Berichtes des Berichterstatters, Abgeordneten Künneke (DnL), über die städtischen Grundstücke. Der diesmalige Sitzungsaußschuß des Ausschusses soll bis Sonnabend daren. Es zeigen sich u. a. geladen Oberbürgermeister Döb-



21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Seiner von Grund war vom Kirchengang zurück. Nun sah er befragt die Tisch und ließ sich von Ede versorgen. Es war das ein gemütlich Geschäft für ihn, diese Stärkung nach dem Weidwerke, und sie fiel nach guter Befallenart nicht zu gering aus. Die Tafel war besetzt mit allem, was Keller, Küche und Räucherlampe des blühigen Hauses beherrschten, und es war nicht ungewöhnlich, den Hausherrn bei dieser Beschäftigung zu finden. So zogen sich denn die lustigen, grauen Brauen Gemers sofort bedenklich hoch, als Anne-Marie, das Hausmädchen, fest eintrat mit der Meldung, Steiger Hansjohann sei da. Und kurz nach ihr der Bescheid:

„Sol' warten.“

„Wer es wäre eilig — meint er.“

„Schw' ich nach seiner Meinung gefragt? Maus!“

Schnell zog sich das Mädchen zurück. Doch nach einer Weile erschien es wieder in der Tür. Es mochte indessen nicht, näherzutreten, sondern blinzte hüfendogen zu dem Fräulein hin.

Ede verstand, und ruhig wandte sie sich an den Geheim, der so sah, daß er dem Mädchen den breiten Rücken aufzeigte.

Hansjohann scheint doch eine recht dringliche Mitteilung für dich zu haben.“

„Nimmst du folgend, fuhr der Hausherr herum.

„Bist du schon wieder da?“

„Entschuldigung der gnädige Herr nur viermal — doch Herr Hansjohann wollte absolut —“

„So soll er reinkommen, in Dreideckels Namen! Aber daß man nicht mal diese halbe Stunde seine Ruhe haben kann!“

Sein Hornblid schob jetzt zu der Nichte hinüber, als machte er sie verantwortlich dafür. Ede aber sah ihm seit ins Gesicht, und als das Mädchen ebenfalls wieder zur Tür hinaus war, sagte sie mit ihrer ruhigen Bestimmtheit:

„Du wirst mir die Anne-Marie auch bald wieder hinausgeprankt haben, Daniel, das arme Ding zittert ja vor dir.“

„Dumme Gans! So soll sie sich eben scheren.“

„Und ich kann sehen, wie ich ein neues Mädchen bekomme. Hier im Dorf ist es doch wirklich nicht so einfach. Außerdem will ich gar keine mehr erst her zu uns. Das Müßige Gans ist vertrieben im ganzen Mauer Grund.“

„Welbertram! Daß ich in Auf' damit. In deine Soße.“

Das Eintreten Hansjohanns entsetzte Ede der Lautwort. Stürzungslend empfang Herr von Grund den Steiger.

„Na, wo brems' denn?“

„Nehmen tut's freilich nicht, Herr von Grund, aber das Wasser kommt nicht über'n Hals.“

„Das Wasser?“

„Ja — es ist über Nacht eingebrochen, alle Baue auf der ersten Sohle stehen uns voll, schon Innehoch.“

„Was denn?“

„Seiner von Grund warf Wasser und Gabel hin, „Aber wo kommt denn das her — mit einemmal.“

„Von Nachbarnfeld her kommt's.“

„Von drüben? Ah — nun verheiß' ich. Diese gottverdammten Schäfte!“

Der vorläufige Steiger nieste. In verbissenen Grimm, daß er einen Bogen gefunden, und es wie ihm aufnahm, ja ihm vielleicht sogar noch über war.

„Seiner von Grund fuhr auf.

„Da können wir aber doch nicht ruhig zusehen! Haben Sie denn nicht gleich —?“

„Genüß, seit früh stehen sind wir schon am Pumpen, aber wir können das Wasser mit bewältigen mit unserer alten Maschine. Das zernit ja nur immer so. Ich muß meine Leute bald heransetzen, wegen der Gefahr.“

„Verdammt nicht noch mal!“

„Der Gutsbesitzer schmeterte mit der Faust auf den Tisch, daß alle Schiffelein

und Keller erklinken, und nun sprang er empor. Seine schweren Jagdgeschellen stießen ebenfalls zum Fenster. Laut dröndte seine Stimme über den Hof.

„Kommen — ankommen. Aber Gelegh! Und nun kehre er sich wieder dem Steiger zu.

„Ich fahre sofort aus Bergedier.“

„Hansjohann nicht zumittend.“

„Ja, Ede tut not.“

Ein paar Minuten später rasselte der Jagdwagen schon vom Hof und fuhr davon, und es war noch nicht Mittag, da hielt er schon wieder im Ort droben vor der Hecke „Christiansfeld.“

„Seiner von Grund in Begleitung des Bergreis trat bei Berlich ins Bureau ein. Langsam erhob sich dieser, beweinete sich vor dem großen Herrn, und sah den Berichterstatter des Gebirgsollens an, der hier und föderlich vor ihm stand.

„Nun, was verschafft mit die Ede?“

„Der letzte Spott flachte Seiner von Grund auf.

„Das werden Sie selber wohl am besten wissen.“

„Sichre er ihn an, „Glauben Sie, Sie können Schindlüber mit uns spielen, Herr?“

„Wenn hier in der Zeit von solch einem Spiele die Rede sein dürfte, so hätten Sie damit angefangen, Herr von Grund. Sie wollen das doch nicht verstehen.“

„Meine Herren, so kommt mir ja nicht weiter,“

vermittelte der Bergreis und wandte sich dann an Berlich.

„Also, Herr Berlich, es handelt sich um eine Beschwerde des Berichterstatter vom Gebirgsollens hier. Wie Herr von Grund behauptet, sollen ihm durch die Beschuldigen Wasser in sein Grundbesitz einbrechen, und zwar in einem solchen Umfang, daß der ganze Betrieb dadurch bedroht wird.“

„Das bedauere ich außerordentlich,“

der unmerkliche Spott ließ Seiner von Grund eine Rote auf die Stirn fliegen, aber ich werde an dieser Lastade leider nichts ändern können.“

„Die Gegenpartei mutmaßt, ja behauptet, es läge eine schändliche Unrichtigkeit vor und bringt auf Beilegung der Maßnahmen, die zu diesem Wasser einbruch geführt haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postkassentkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arten.

№ 43

Donnerstag, den 10. April 1930

43. Jahrgang

Schieles Agrarprogramm.

Die Vorschläge an das Reichskabinett.

— Berlin, 9. April.

Die Reichsregierung hat sich mit dem Agrarprogramm beschäftigt, das der neue Ernährungsminister Schiele dem Kabinett vorgelegt hat. Er hat die Jahresbedarfsmittelpreise für Weizen und Roggen mit den Gehähen von 200 bzw. 230 beibehalten. Schiele's Vorschläge werden aber insofern von der letzten Zollregelung vom März dieses Jahres ab, indem er für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen eine Zollmacht haben will, die jolle beibehalten und heruntersetzen, wenn dies die Entlastung der Wirtschaft notwendig erscheinen läßt. Schon die bisherige Zollpolitik hat hinsichtlich ihrer variablen Gestaltung große Gefahren für das Vermögen der Bauern mit sich gebracht. Der neue Zollvorschlagn sieht die Frist von drei Monaten, nach deren Ablauf der Zoll auf den Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen werden soll, nicht nur bei Weizen, sondern nimmere auch für Roggen vor, hingegen soll die Veränderlichkeit für Gerste, Hafer und Erbsen in das Belieben des Reichsernährungsministers gestellt werden.

Eine nicht ganz unbedenkliche Angelegenheit bildet die Forderung, die Einfuhrzölle über den bisherigen Rahmen auszuweiden. Sie sollen nicht nur für Rindfleisch und Rindfleisch, Schafe und Schaffelle, sowie Erzeugnisse aus der Kartoffel in Anspruch genommen werden, sondern es soll auch künftig keine Wertbeschränkung für Einfuhrzölle im Gebiet getroffen werden. Hier ist zu befürchten, daß diese Maßnahmen größte Widerstände im Auslande hervorgerufen und Gegenaktionen herbeiführen werden.

Weiter fordert der Reichsernährungsminister, den Verbrauchszwang einzuführen. Die Regierung Müller hatte von Sachverständigen prüfen lassen, inwiefern ein Verbrauchszwang von Roggenmehl zu Weizenmehl geeignet ist, den Roggenverbrauch zu vermindern und auf diesem Wege zur Verbesserung der Roggenpreise zu gelangen. Die interessierten Kreise haben die größten Bedenken aus den verschiedenen Ernährungsgruppen geltend gemacht, so daß bei einer rein theoretischen Erörterung im Reichstag dieser Besanke nicht von einer einzigen Partei für gangbar erklärt wurde. Der frühere Reichsernährungsminister Dietrich hat auch die Einführung des Verbrauchszwanges aufgegeben und sich auf die Einbringung eines Brotgesetzes beschränkt, das von der Ernährung ausgeht, daß Roggenmehl wegen seiner besseren Bekanntheit und höheren Schmeckhaftigkeit schon von selbst bevorzugt werden würde, wenn es in guter Zusammenlegung und fehlerfreiem Backzustand den Verbrauchern angeboten werden würde. Soll künftig der Verbrauchszwang Gesetz werden, und noch dazu ohne Fixierung eines festen Verbrauchsverhältnisses, so wird mit den unergieblichen Ertragssteuern aus der Zeit der Zwangswirtschaft gerechnet werden müssen.

Aus dem übrigen Budget der Zollserhöhungen seien noch u. a. genannt Speck, Schmalz, Raimin, Talg, Eier, Milch, Graupen, Ortes, Stärke, Sago. Neu ist auch insofern die Forderung des Reichsernährungsministers, die politische Einfuhr von Getreidemehl vom 1. Juli dieses Jahres ab einzustellen. Es ist nicht anzunehmen, daß das Kabinett in seiner Mehrheit diese Zollserhöhungen annehmen wird. Es wird ebenfalls Aufgabe des Kabinetts sein, die Forderungen des Landvolkes in zollpolitischer Hinsicht auf ein für die Verbraucher, Handel und Wirtschaft erträgliches Maß zurückzuführen.

Im Reichstage:

Entscheidung über die Finanzfrage.

— Berlin, 8. April.

Die Tagesordnung für die Reichstagsitzung, auf der zunächst nur das Schaftstättengesetz stand, ist jetzt dahin ergänzt worden,

daß auch die erste Beratung der Gesetzesentwürfe zur Vorbereitung der Finanzreform und zur Uebergangsregelung des Finanzsystems erledigt werden sollen.

Der Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform im Amt Reichstag bereits zugegangen. Entsprechend den Aufforderungen des Finanzministers ist die Vorlage in der ursprünglichen Fassung gehalten, steht also bei der Arbeitslohnveränderung aus einer Beitragserhöhung bis zu vier Prozent vor. Das Komprimiert der letzten Regierungsparteien, wonach eine Beitragserhöhung zunächst nicht stattfinden soll, muß erst durch Entwürfe in der Vorlage aufgenommen werden. Ferner enthält die Vorlage die Bestimmungen über die Steuerentlastungen und Ausgabenersparnisse.

Keine Mehrheit im Steuerauschuß.

Die Regierungsanträge abgelehnt.

— Berlin, 9. April.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde die Novelle zur Tabaksteuer in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Da nur die Regierungsparteien dafür eintraten. In der vorangegangenen Einzelberatung von der Reichstagsmehrheit, die Veranschlagung für die Tabaksteuererhöhung auf 1 Prozent nur auf 0,5 Prozent zu bemessen, angenommen worden. Die Novelle zur Zuckersteuer wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit der Wieder-

einführung der Mineralwassersteuer, deren Ertrag den Gemeinden zuzuführen soll.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer bezeichnete die Beschlüsse als weit übertrieben.

Der geringe Steuerertrag wies niemanden hindern, Mineralwasser zu genießen. Für die Gemeinden bedeutet die Zumeinung aus dieser Steuer aber eine dringende notwendige Erleichterung. Schon jetzt sei durch die Ausschufbeschlüsse zur Tabaksteuer und auf Freilassung des Petroleum ein Ausfall von 27 Millionen an dem ursprünglich errechneten Gesamtertrag entstanden. Deshalb könne auf die Mineralwassersteuer nicht verzichtet werden.

Nach längerer Aussprache wurde die Mineralwassersteuer vom Ausschuß mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann gab

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

den angeforderten Lebensbild über die Kassenlage des Reiches. Er stellte fest, daß dem ursprünglich für Ende März errechneten Gehbetrag von 220 Millionen Deckungsmittel in Höhe von 207 Millionen gegenüberstünden, so daß Ende März noch ein verfügbares Bestände aus dem Reichscredit von 45 Millionen vorhanden war. Nach Neuaufstellung werde Ende Dezember ein Gehbetrag von rund 70 Millionen vorhanden sein.

Der Schwerpunkt der Bilanz lege im Monat Mai, in dem ein Gehbetrag von 228 Millionen eintrete, zu dessen Deckung nur 125 Millionen Bestände aus dem April vorhanden sein würden.

Der Minister betonte zum Schluß, daß die Bilanz unter der Annahme aufgestellt sei, daß die Einnahmen aus den neuen Steuererlassen spätestens Anfang Mai zu fließen beginnen, und zwar auf der Grundlage der Regierungsvorlage.

Gaststättengesetz angenommen.

Immunitätsaushebung mehrerer Abgeordneter.

— Berlin, 9. April.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Abstimmungen zur zweiten Lesung des Gaststättengesetzes.

Abgelehnt wird zunächst der Antrag der Bayerischen Volkspartei, wonach die Bestimmung des Reichstages für die Bedürfnisprüfung bei der Erteilung von Schankkonzessionen den Ländern überlassen bleiben soll. Abgelehnt wird auch der Antrag Dr. Kahl (DVP.) auf Streichung der Bestimmung, daß die Konzession nicht erteilt werden soll, wenn zu erwarten ist, daß der Antragsteller die Arbeiterbeschäftigung nicht befähigen werde.

Angenommen wird mit den Stimmen der Linken und der Deutschnationalen ein Antrag Dr. Strachmann (Dnt.), wonach bei Schul- und Jugendfesten sowie bei Sportfesten, an denen überwiegend Jugendliche beteiligt sind, ein vorübergehendes Bedürfnis für den Ausschank geistiger Getränke nicht anzufragen ist.

Im Sammelpetring wird mit 186 gegen 156 Stimmen gegen Antrag Haag (Dnt.) angenommen, wonach der Ausschank von selbstgezeugtem Wein oder Apfelwein über die Höchstzeit von vier Monaten hinaus bis höchstens sechs Monate gestattet sein soll, wo dies bisher noch Landesrecht zulässig war.

Zum Paragraphen 14, der die Polizeistunde einheitlich auf 1 Uhr festsetzt, werden Streichungsanträge der Wirtschaftspartei abgelehnt. Abgelehnt wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der Bestimmung, daß bei Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse Ausnahmen durch die oberste Landesbehörde zugelassen werden können. Paragraph 14 wird in der Ausschufassung angenommen.

Zum Paragraphen 15, der ein Brauwetinausschank und Verkaufserbot durch die Landesbehörde an Lohn- und Wähltagen zuläßt, wird ein Antrag Bides (DVP.) angenommen, wonach dieses Verbot keine Anwendung finden darf auf den Kleinhandel mit Trinkbranntwein in festverschlossenen Flaschen von mindestens 28 Liter Inhalt. Die Bestimmung, daß das Gesetz nicht Anwendung finden soll auf die Abgabe von Brauwetinausschank und brauwetinhaltigen Zubereitungen zu Heilzwecken in Apotheken, wird auf Antrag Regals (DVP.) gestrichen. Der Rest der Vorlage wird mit einer geringfügigen Änderung des Paragraphen 24 in der Ausschufassung in zweiter Beratung angenommen. Das Gesetz soll am 1. Juli in Kraft treten.

Zu der anschließenden dritten Beratung wurde von den einzelnen Parteien nochmals eingehend zu dem Gesetz Stellung genommen.

Im Sammelpetring wird der Antrag Kahl (DVP.) auf Streichung der Arbeiterbeschäftigung bei der Konzessionserteilung mit 173 gegen 154 Stimmen auch in dritter Beratung abgelehnt.

Zum § 15 wird die Ausschufassung wiederhergestellt. Die in der zweiten Beratung beschlossene Ausnahmebestimmung für den Kleinhandel an Schnapsverbotstagen ist also wieder gestrichen. Beim § 24 wird ebenfalls die Ausschufassung wiederhergestellt.

Im übrigen wird das Gaststättengesetz in der Fassung der zweiten Beratung auch in der Schlußabstimmung der dritten Lesung gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen.

Kraftwagen und Reichsbahn.

Die übergroße Konkurrenz.

— Berlin, 9. April.

Ueber die Reichsbahn in der deutschen Volkswirtschaft sprach in der Deutschen wirtschaftlichen Gesellschaft der Reichsbahndirektor, Staatssekretär a. D. Vogt. Er erklärte u. a., daß die Reichsbahn in den übigen Verkehrsmitteln nicht nur den Wettbewerb sehe, sondern sich bemühe, ungenutzten Wettbewerb auszunutzen und ein der Gesamtheit nützliches Zusammenarbeiten herbeizuführen.

Sie bemühe sich aber auch um Anerkennung der Tatsache, daß die Eisenbahn, besonders die Reichsbahn, Sonderlasten zu tragen habe und gesetzlichen Bestimmungen unterworfen sei, die für die übrigen Verkehrsmittel nicht gelten.

Wenn dies auch unter normalen Verhältnissen, insbesondere bei blühender Volkswirtschaft und schneller Entwicklung des Verkehrs für die Volkswirtschaft kein unbedingter Nachteil zu sein brauche, so lehre doch die Erfahrung, daß das Verhältnis zwischen Reichsbahn und Kraftwagen nicht so leicht könne, daß die Entwidlung in irgendeiner Weise in gerechtem Maße gebracht werden müsse, um der Reichsbahn die Möglichkeit zu geben, ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft gerecht zu werden.

Ostpreussisches Landvolk in Not.

Bauern an Hindenburg.

— Königsberg i. Pr., 8. April.

In allen größeren Orten der Provinz Ostpreußen fanden die Beratungen der ostpreussischen Landvolks- und Bauernverbände statt, die hier befaßt waren. Es wurde eine Entschloßung angenommen, in der ein Generalmoratorium gefordert wird, um den Zusammenbruch der ostpreussischen Landwirtschaft auszuhalten.

Ferner wurde beschlossen, einen Brief an den Reichspräsidenten von Hindenburg zu richten, in dem gefordert wird: 1. ein Moratorium auf alle hypothetischen Kapitalforderungen und deren Zinsen, 2. ein Moratorium auf Wechselkredite, deren Kapital letztlich aus der öffentlichen Hand stammt, 3. ein Moratorium auf Steuern, Zinsen und Abgaben aller Art, wenn sie in bar zu entrichten sind.

Der Provinz, ihren Vermögensmäßig nach

gebiet.

— Berlin, 9. April.

ist es eine eigene Beratung geraten. Der letzten Sitzung angenommen wurde dieser neben die französischen deutschen Stand-

einig darüber, Sichtlich wird Augenblick nicht endige Klärung Schritt zu unter-

geben von irgend-

nehmen, in dem das auf den ver-

Prozession ein-

glacis fein.

— Straßburg, 9. April.

Der Bau des lothringischen französischen Festungsgürtels an der neuen Ostgrenze gibt fast allwissentlich Anlaß zu Streitigkeiten mit der betroffenen Bevölkerung in Elsaß-Lothringen.

Der neueste Fall betrifft den uralten Hagenauer Forst, durch den die Festungsarbeiten gezogen werden sollen. Das Reichskriegsministerium hatte an die Stadt Hagenau das Erlicheu gerichtet, Gelände abzutreten zur Anlage von Unterständen und zu Wohnungen in deren Umgebung. Der Gemeinderat der Stadt Hagenau hat auf Grund der Ausschufschläge einstimmig beschlossen, die Abtretung des angeforderten Geländes zu verweigern. Es ist allerdings nicht zweifelhaft, daß der französische Staat über die Bestimmung einer städtischen Gemeinde hinweggehen wird, doch ist die Einmütigkeit der Gemeinderatsentscheidung ein neues Zeichen für die grundsätzliche Ablehnung, die in Elsaß-Lothringen gegenüber dem Bau des neuen Festungsgürtels besteht.

Gegen Schlepferdienste für Frankreich.

Unterhausanfragen wegen der Folltonkonferenz.

— London, 8. April.

Die Verhandlungen der Folltonkonferenz haben sich nun zu jener ersten innerpolitischen Frage für England lau-